

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

25.2.1865 (No. 48)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Februar.

N. 48.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

† **Frankfurt**, 24. Febr. Die Frankfurter Bank setzte ihren Disconto — vom 25. d. ab — auf 3 1/2 Proz. herab.

Berlin, 23. Febr. (N. Z.) Die Budgetkommission erklärte sich zum Generalbericht über die gestellten Anträge (s. „Karlsruh. Ztg.“ Nr. 41) bereit. Die Anträge 1, 2, 3, 4 wurden angenommen; der Antrag 5 mit dem Zusatz: „und Verbesserung des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen“. Alsdann wurde die Sitzung vertagt. Virchow stellte einen neuen Antrag, worin er die Staatsregierung auffordert, den vorgelegten Entwurf zurückzuziehen, und einen neuen Etat gemäß dem Antrag 1 bis 6 vorzulegen.

† **Berlin**, 24. Febr. Die Budgetkommission hat die Beratung des allgemeinen Berichts beendet. Antrag 5 wurde mit 5 gegen 2 Stimmen, und Antrag 6 einstimmig angenommen. Antrag 5 erhielt folgende Fassung: „Die Gebäudesteuer ist auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 2,843,200 Thlr. jährlich gesetzlich festzustellen. Der neue Virchow'sche Antrag wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.“

München, 24. Febr. (W. T. Z.) Der Landtag ist auf den 27. März einberufen.

† **Wien**, 24. Febr. Der Finanzausschuss verhandelte heute über den Antrag des Grafen Bruns. In der Ausschussung von gestern Abend wurde eine Zuschrift der Regierung mitgetheilt, des Inhalts: daß sich die Regierung bis zur Beschlussfassung über den erwähnten Antrag bei der etwaigen Fortsetzung der Beratung des Einzelbudgets für 1865 nicht vertreten lassen werde.

Furin, 23. Febr. (W. T. Z.) Heute ist der König von Florenz hier eingetroffen, empfangen von einer Deputation der Arbeitervereine und begrüßt von lebhaften Beifallrufen. Se. Maj. ließ die Nationalgarde defiliren.

Deutschland.

Mannheim, 23. Febr. Die ultramontane Partei versuchte heute Nachmittag, eine Agitationsversammlung dahier zu Stande zu bringen. Auf Weisung des Agitationskomitees waren im Lauf des Tages kleinere und größere Häuser in die Stadt gekommen.

Definitive Gebäude waren den Bestimmungen des Vereinsgesetzes gemäß denselben als Versammlungsort verfertigt worden. Der Zutritt zu Privatlokalen, wo die Zuhörer solchen begehrten, wurde von deren Besitzern einmüthig verweigert.

Ein Versuch, die Jesuitenkirche zu „Kasinoszwecken“ zu mißbrauchen, ward von der Behörde zurückgewiesen; deren Besonnenen und würdevollen Haltung ist es zu verdanken, daß die Aufreizungen der Veranstalter dieser Versammlung nicht zu größeren Exzessen geführt haben. Es ist dem Dazwischentreten der Polizei gelungen, die Mehrzahl der Führer, und insbesondere die einzelnen Geistlichen, welche sich unter die Häuser gemischt hatten, vor der Entrüstung der Bevölkerung zu schützen.

Wie wir hören, sind die strengsten Befehle gegen jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, gegeben worden.

† **Frankfurt**, 23. Febr. Der Bundestag hielt heute wieder eine Sitzung. Zunächst kamen darin Standes-

listen von Oesterreich, Kurhessen und Waldeck zur Vorlage. Bayern zeigte den Wechsel seiner Frankfurter Garnison an, und gab gemeinschaftlich mit Nassau Nachweise über seinen Eisenbahn-Verkehr vom militärischen Standpunkt aus. Meuß a. L., Homburg und Lippe-Deimold ließen erklären, daß sie dem Entwurf eines Gesetzes gegen den Nachdruck zustimmen. Der Militärausschuss hielt einen Vortrag über Bundesfestungs-Angelegenheiten, insbesondere über Ausrüstung und Proviantierung. Das Unterstützungs-gesetz des ehemaligen schleswig-holsteinischen Hauptmanns v. Dusterloh mußte ablehnend beschieden werden, da es nicht in die Kategorie der vom Bunde als berechtigt anerkannten gehört.

† **Stuttgart**, 23. Febr. In der vorgestrigen Abend-sitzung der Zweite n K a m m e r wurde der Etat des Innern vollends zu Ende beraten und nachstehende Positionen noch verwilligt: Für milde Zwecke. Beiträge an die Zentralstelle des Wohlthätigkeitsvereins jährlich 8030 fl. 22 kr. Beiträge für die unter besonderer Staatsaufsicht stehenden Gemeinden jährlich 34,000 fl. Beiträge zur Unterstützung der Rettungs-anstalt auf der Thalwiese bei Herrenberg jährlich 1500 fl. Beiträge zu den Stuttgarter Krankenanstalten jährlich 3000 fl. Prädikanden für das Damenstift zu Oberstenfeld jährlich 9272 fl. Dispositionsfonds 5500 fl. jährlich. Vorübergehender Aufwand. Gefällablosungen und zu Durchführung des Komplexlasten-Gesetzes für 1864/65 5440 fl., für 1866/67 je 14,940 fl. Kosten der Vollziehung des Gesetzes vom 26. März 1862, betreffend die Fehlwegen, Trepp- und Ueber-jahrsrechte, jährlich 3000 fl.

In der heutigen Sitzung kam ein Dankschreiben des Oberbürgermeisters S i d von Stuttgart ein für die reichliche und rasche Hilfe durch Kammermitglieder für die Beschädigten der Katastrophe vom Sonntag im Betrag von 406 fl. 30 kr. — Aus Anlaß der Anfrage des Abgeordneten des Oberamtsbezirks Sulz, Pfäfflin, machte der Hr. Minister des Auswärtigen die Mittheilung, daß er nächste Woche schon eine Vorlage an die Kammer machen werde, um von derselben die Ermächtigung zur vorläufigen Inangriffnahme der Eisenbahnbau-Arbeiten von Sulz nach Hottentat, von Heilbronn nach Jaxfeld, und von Sulz nach Erailsheim, um, bis die betreffenden Gesetze zur Verabschiedung gebracht werden können, keine Zeit für den Bau zu verlieren.

München, 20. Febr. (Münch. K.) Dem Vernehmen nach liegt der auf vollste Gewerbefreiheit basirte G e r e c e g e s e z - E n t w u r f nunmehr im Handelsministerium fertig vor und soll nur noch einer Revision durch eine Ministerial-Kommission unterstellt werden, ehe er dem übigen gesetzlichen Geschäfts-gang vor Vorlage an die Kammer übergeben wird.

Odenburg, 21. Febr. Die „Odenb. Ztg.“ hat vernommen, daß die heilige preussische Kommission für den E i s e n b a h n - B a u von Odenburg nach Heppens von Berlin her die Nachricht erhalten hat, sie habe sich zur baldigen Rückkehr einzurichten.

Hamburg, 22. Febr. (Nat.-Ztg.) Die so eben durch Verfügung der Zivilkommission für die Herzogthümer verbotene Kopenhagener Wochenchrift „Danmark“ wurde zu Beginn dieses Jahres von dem vertriebenen Haderlebener Geistlichen Friedrich Helweg gegründet, und war, wie es in dem ursprünglichen Programm hieß, „zum Zweck der Auf-rechtaltung der geistigen Verbindung zwischen dem dänischen Volk und den dänischen Nordschleswigern.“

Kopenhagener Privattelegramme (die Kopenhagener Post fehlt seit Donnerstag) melden einen Sieg, den die Bauernfreunde in der Verfassungsfrage am Freitag im Reichsraths-Vollstehing über das Ministerium errungen haben. Mit dem Beistande Monrad's gelang es dem Redakteur J. A. Hansen und seinen Freunden, mit 50 gegen 42 Stimmen den Beschluß durchzusetzen, dem dänischen Reichstage die alleinige Kompetenz zur Erledigung der Verfassungsangelegenheit zuzusprechen; der Reichsrath soll lediglich zur Annullirung der November-Verfassung befugt sein. Durch diesen Beschluß erloschen die mehr als 100 andern Amendements. Es steht nun noch die dritte Lesung bevor. Das Ministerium beobachtete vorläufig Stillschweigen, und scheint über den weiter einzuschlagenden Weg nicht einig gewesen zu sein; doch wird neuerdings aus Kopenhagen telegraphirt, daß die Ministerkrisis vorüber ist, nachdem Graf Frys-Frysenborg und Justizrath Klein vom König zu Rath gezogen worden waren.

Altona, 21. Febr. Auf eine Anfrage im „Alt. Merk.“, in welcher Hr. v. Scheel-Plessen aufgefordert wurde, sich endlich über die eigentlichen Absichten der bekannten Adresse bestimmt auszusprechen, veröffentlicht derselbe in dem genannten Blatt eine Antwort, in welcher es heißt:

Die Worte der Adresse sind reiflich erwogen, sie lassen, wie mir scheint, kein Mißverständnis zu, und sind so umfassend, wie sie bei augenblicklicher Lage der Dinge sein konnten, wenn sich die Unterzeichner nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, sich auf ein Gebiet zu begeben, welches zu betreten ihnen nicht zustand. In dem ersten Theil der Adresse beschränken sich die Unterzeichner auf die Bitte um Anerkennung des als berechtigt erkannten Fürsten. Sie würden geglaubt haben, solchem Fürsten vorzugreifen, wenn sie sich über die Verhältnisse geäußert hätten, auf welche derselbe nach erfolgter Anerkennung ihrer Ansicht nach Preußen gegenüber eingehen sollte. Sie hatten aber den Eintritt des im ersten Theil als möglich gedachten Falls für zweifelhaft und befanden sich in diesem Punkt im Gegensatz zu Denjenigen, welche die Frage schon als erledigt betrachteten und von dieser ihrer Ansicht durch vielfache Proklamationen Zeugnis abgelegt haben. Sie halten den Eintritt dieses Falls mit Rücksicht auf die Wohlthat des Landes, welche nach Verhältnissen erheischt, die ein selbständiger Fürst der Herzogthümer nicht zu bieten vermag, nicht für wünschenswert; sie halten endlich fest an der Unheilbarkeit des Ganges der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Dies bildet den Uebergang zum zweiten Theil. Von etwaigen Entschädigungen für Aufgeben theilweiser Berechtigung ist nicht die Rede, weil sie, die Unheilbarkeit vorausgesetzt, die fernere Aufstellung der öffentlichen Verhältnisse der Herzogthümer nicht betreffen, also nicht zur Sache gehören. Der zweite Theil beschäftigt sich mit den Verhältnissen, wie wir sie uns wünschen, wenn der im ersten gedachte Fall nicht eintreten sollte. Wir wünschen dann engsten Anschluß an die preussische Monarchie unter Aufrechthaltung einer den Eigenthümlichkeiten der Herzogthümer entsprechenden Selbstständigkeit in ihren inneren Angelegenheiten. Innerhalb dieses Rahmens sind gewiß mancherlei Modalitäten möglich. Die Herzogthümer können eine Provinz der preussischen Monarchie bilden und sie können zu derselben in das Verhältnis der Personalunion treten; das Eine und das Andere kann in sehr verschiedener Weise geschehen. Die Hauptsache ist, daß in dem Fall, welcher den Gegenstand des zweiten Theils unserer Adresse bildet, zwischen dem König von Preußen und den Herzogthümern kein anderer Fürst seinen Platz findet. Daß dies unser Wunsch ist, darin werden wir wohl von Niemanden mißverstanden sein. Den Rahmen unserer Wünsche, vorgehend, enger zu ziehen, das konnten wir nicht für unsere Aufgabe halten. Deshalb haben wir die Allerhöchsten

* Kg. Die Geisterkaltze.

(Schluß aus Nr. 47.)

Er sprach nicht, regte sich nicht.

Ich wiederholte die Frage etwas lauter, allein mit dem gleichen Erfolg. Da verlor ich die Geduld, und ließ das Fenster nieder. Beim Anfaßen des Lederriemens rief mir dieser in der Hand und die Scheite, bemerkte ich, war mit einem biden Schimmel überzogen, der Anhaufung, schien's, von Jahren. Da meine Aufmerksamkeit der Art auf den Zustand der Kutsche gezogen wurde, so untersuchte ich sie genauer, und sah bei dem schwachen Licht der Laternen außen, daß sie im letzten Grad des Verfalls sich befände. Jeder Theil derselben war nicht nur unausgebessert, sondern durch und durch verrotzt. Die Fenster splitterten beim Anrühren. Das Lederwerk war überall mit Moder überzogen und vom Holzwerk durchsichtlich abfallend. Der Boden brach fast unter meinen Füßen durch. Kurz, die ganze Maschine war von dumpfer Feuchtigkeit zerfetzt und augenscheinlich aus irgend einem Schuppen, in dem sie seit Jahren ungebraucht gestanden hatte, herausgeholt worden, um einen oder zwei Tage auf der Landstraße Dienst zu thun.

Ich lehrte mich zu dem dritten Reisenden, den ich noch nicht angeredet hatte, und machte auf gut Glück eine weitere Bemerkung.

„Dieser Wagen“, sagte ich, „ist in einem jammervollen Zustand. Die regelmäßige Postkutsche wird vermuthlich ausgebessert?“

Er bewegte langsam den Kopf, und sah mir in's Gesicht, ohne ein Wort zu reden. So lang ich lebe, werde ich den Blick nicht vergessen. Es wurde mir eiskalt um's Herz dabei, — wird mir jetzt noch eiskalt um's Herz, wenn ich mir ihn zurückrufe. Seine Augen glühten von einem feurigen, unnatürlichen Glanz. Sein Gesicht war bläulich gelblich wie einer Leiche. Seine blutlosen Lippen waren wie im Todeschmerz eingezogen und zeigten die bleichen Zähne.

Was ich sagen wollte, erfiel mir auf den Lippen, und ein unheim-

licher Schauer, ein entsetzliches Grausen, befiel mich. Meine Augen hatten sich inzwischen an das Däster der Kutsche gewöhnt und ich vermochte mit ziemlicher Deutlichkeit zu sehen. Ich lehrte mich nach meinem Nachbar gegenüber. Auch er sah mich an, mit der gleichen erschreckenden Blässe in seinem Gesicht, mit dem gleichen versteinerten Stieren in seinen Augen. Ich fuhr mir mit der Hand über die Stirn. Ich wandte mich zu dem Reisenden auf dem Sitz neben mir, und sah — oh Himmel! wie schillern, was ich sah! Ich sah, daß er kein lebender Mensch — daß keiner meiner Reisegenossen ein Lebender sei, wie ich! Ein blasser, im Finstern leuchtender Schein — der Schein der Verwesung — überspante ihre gräulichen Gesichter; ihr Haar, feucht vom Grabthau; ihre Kleider, erdfeucht und in Fetzen fallend; ihre Hände, wie die Hände längstbegrabener Leichname. Nur ihre Augen, ihre schrecklichen Augen, lebten; und diese Augen alle waren brennend auf mich gerichtet!

Ein Ausschrei des wildesten Schreckens, ein wirrer Schrei um Hilfe und Barmherzigkeit brach von meinen Lippen, wie ich mich der Thür zu warf und vergebens sie zu öffnen strebte.

In dem Einen Augenblick, kurz und hell wie eine Landsturm, geschaht im Ausleuchten eines Sommerlitzes, sah ich den Mond durch den Riß einer Sturmwolke niedersehend — den Wegweiser gesperrt — den warnenden Finger am Straßenbaum erhebend — die zer-trümmerte Schutzmauer — die wildfliegenden Kofse — den schwarzen Abgrund unten. Dann schwanke und taumelte die Kutsche wie ein Schiff im Wogensturm. Dann kam ein gewaltiger Krach — ein Gefühl zerstückelnden Schmerzes — und dann Finsterniß. . . .

Als ob Jahre vergangen wären, so dünkte mir, wie ich eines Morgens aus tiefem Schlaf erwachte und meine Frau an meinem Bett wachend fand. Ich übergebe den nun folgenden Austritt und gebe nur in wenig Worten, was sie mir mit Dankesjähren erzählte. Ich war über einen Abbruch gefallen, hart an der Verbindung der

alten und der neuen Poststraße, und war vom gewissen Tod lediglich dadurch bewahrt worden, daß ich auf eine tiefe Schneewehe fiel, die sich am Fuß des Felsens unten aufgehäuft hatte. In dieser Schneewehe hatten mich beim grauen Morgen ein paar Schiefer entbedt, die mich nach dem nächsten Obdach trugen und einen Arzt zu meinem Besuche holten. Der Arzt fand mich im heftigsten Fieberwahnsinn, mit einem gebrochenen Arm und einem komplizirten Schädelbruch. Die Briefe in meinem Taschensack zeigten meinen Namen und Wohnort; meine Frau wurde zu meiner Pflege herbeigeschrieben; und Dank meiner Jugend und meinem dauerhaften Körper überstand ich endlich die Gefahr. Die Seele, wo ich hinabgestürzt war — brauche ich wohl kaum zu sagen — war genau dieselbe, wo vor neun Jahren der Nordpostkutsche jener fürchterliche Unfall begegnet war.

Meiner Frau erzählte ich nie jenes Schreckliche, was für mich heute noch, wie vor zwanzig Jahren, mit dem Schaudergefühl des wirklich Erlebten nachzittert, wohl aber dem Arzt, der es natürlich als ein Gebild, ein Hirngespinnst des wilden Fiebers erklärte, dem ich, nach jener anstrengenden Wanderung auf dem Moor, den eigenthümlich aufregenden Gesprüchen mit dem dort hausenden gelehrten Einsiedler, und dem Sturz vom Straßenhang, verfallen war.

*) In kein erhabener Charakter, sondern einem schottischen gelehrten Sonderling in seiner Lebensweise, und in seinen Anschauungen nachgeschilbert, mit Hinzufügung einzelner Züge aus der persönlichen Erscheinung und den Selbstthätigkeitsmerkmalen des bekannten bedeutenden englischen Dichters und Denkers Samuel Taylor Coleridge. D. Einl.

† **Stuttgart**, 24. Febr. Nächsten Sonntag kommen nun doch Laube's „Karlshäler“ zur Aufführung, die vor 14 Tagen eine so tragische Unterbrechung erfahren hatten.

Herrschaften, an welche die Adresse gerichtet war, nur gebeten, sich bei Ihren Entscheidungen von den Gesichtspunkten leiten zu lassen, welche wir angegeben, und übrigens die erforderliche Vorlage an die gesetzmäßige Vertretung der Herzogthümer gelangen zu lassen.

Flensburg, 21. Febr. Die „Nordb. Btg.“ schreibt: Nachdem der preussische Regierung bereits zwei Projekte für den Bau eines Nordostsee-Kanals vorgelegt worden, ist jetzt noch ein drittes aufgenommen und, wie wir vernahmen, zu Gunsten desselben eine umfangreiche Denkschrift, die bereits unter der Presse sein soll, ausgearbeitet. Dies Projekt will die Kanalverbindung in der geraden Linie vom Flensburger Meerbusen bis zur Äster Tiefe hergestellt wissen. Die Denkschrift sucht nachzuweisen, daß dasselbe alle anderen durch die ihm zu Gebot stehenden Vortheile in Schatten stelle, indem namentlich hervorgehoben wird, daß die Entfernung beider Meere hier nur 6 1/2 Meilen beträgt, außerdem die niedrige Belegenheit des Terrains die Kosten der Herstellung bedeutend niedriger stellen würde, als z. B. auf der Strecke Husum-Eternförde, da man die neue Linie ohne Anwendung von Schleusen herstellen zu können glaubt. Ebenso spricht sich der Bericht in Bezug auf die Expropriationskosten dahin aus, daß dieselben weit geringer als bei den andern projektierten Unternehmungen sich stellen würden. Der Königshafen bei Lisi könnte, wie die Denkschrift meint, mit geringem Kostenaufwand für den vorliegenden Zweck hergerichtet und besetzt werden, da ihn die Natur selbst zu einem Kriegshafen gemacht habe, der für alle Eventualitäten, ob nun das Geschwader sich in der Offensiv oder in der Defensiv befinde, die größtmögliche Sicherheit und Brauchbarkeit darbiete.

Berlin, 22. Febr. Aus der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist noch nachzutragen, daß in Betreff der Wahlen der Abg. Graf Sierstorff und Wader im Wahlbezirk Neustadt-Falkenberg noch der Abg. Schulze-Delisch und der Abg. Dr. Simson das Wort ergriffen, worauf beide Wahlen mit großer Majorität für ungültig erklärt wurden. Die Wahl des Abg. Professor Hüffer im Wahlbezirk Heinsberg-Seilentirchen-Ertelenz wurde für gültig erklärt.

In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde der Gesetzentwurf über das Koalitionsgesetz an eine besondere Kommission gewiesen. Der Finanzminister legte den Entwurf eines Gesetzes, die Regulierung der schlesischen Zehntverfassung betreffend, vor. Darauf wurden die Gesetzentwürfe wegen der Zehrungskosten der gerichtlichen Boten und Exekutoren, und wegen Berechnung der Steuer für die Bereitung von Zucker aus getrockneten Rüben in der, auch vom Hause der Abgeordneten genehmigten Fassung der Regierungsvorlage ohne Debatte angenommen. Schließlich wurde, aus Veranlassung des von der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens im Jahr 1862 erstatteten Berichts, der Hauptverwaltung der Staatsschulden über die für das Jahr 1862 gelezten Rechnungen die Decharge erteilt.

Den „Hamb. Nachr.“ wird von hier geschrieben: „Die Verhandlungen mit England wegen des Handelsvertrags sind in gutem Gange, und sollen fast nur noch die Feilschereien betreffen. Die Stellung der meistbegünstigten Nation wird dem Zollverein namentlich in den englischen Kolonien zu Gute kommen. Diese gegenseitig gewährte Stellung wird auch den Schiffahrts-Vertrag wahrscheinlich unnötig erscheinen lassen, da er sich auch für England von selbst erledigt. Eine literarische Konvention besteht mit England seit geraumer Zeit. Generalkonsul Ward, der auch vom König in besonderer Audienz empfangen wurde, wird sich vielleicht später nach Wien begeben.“

Berlin, 23. Febr. Ueber den Stand der Schleswig-holsteinischen Sache äußert sich die ministerielle „Provinzial-Korresp.“ heute folgendermaßen:

Die preussische Regierung hat nunmehr diejenigen Forderungen, welche sie im Interesse Preussens und Deutschlands, sowie zum wirklichen Schutz des künftigen schleswig-holsteinischen Staates unbedingt an denselben stellen muß, sorgfältig beraten, und es dürfte deren Mittheilung an die verbündete österreichische Regierung unverweilt, vermuthlich im Lauf der nächsten Woche, erfolgen. Irrthümlich war jüngst gemeldet worden, daß diese Aufstellung und Mittheilung dadurch eine Verzögerung erfahren habe, weil die preussische Regierung vorher noch eine Anzahl angesehener Männer (Notabeln) aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein über einzelne jener Bedingungen hören wolle. Eine solche Befragung hat nicht in der Absicht der Regierung gelegen und würde dem gegenwärtigen Stand der Sache nicht entsprechen. So sehr die preussische Regierung beabsichtigt, bei der schließlichen Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogthümer auch die Stimme der Bevölkerung derselben in deren berechtigter Vertretung zu hören und gebührend zu berücksichtigen, so ist doch hierzu jetzt noch kein Anlaß, da es sich vorerst lediglich um die vorgängige Feststellung derjenigen Bedingungen handelt, deren Sicherung nach der wohlwollenden und pflichtmäßigen Ueberzeugung Preussens von den Erfordernissen des eigenen Staatswohls und von der nothwendigen Stellung zu den unserm Schutz befohlenen Herzogthümern jeder anderweitigen Entscheidung über die künftige Herrschaft in Schleswig-Holstein vorausgehen muß, und ohne deren rückhaltlose und unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverän dort endgültig eingesetzt werden kann. Hieraus folgt zugleich, daß Preußen für jetzt auch keinen Anlaß zu vorgängigen Verhandlungen mit einem derjenigen Fürsten hat, welche Ansprüche auf die Herrschaft in Schleswig-Holstein erheben zu können vermeinen. Die preussische Regierung steht zunächst eben nur im Begriff, dem Verbündeten und Mitbesitzer der Herzogthümer diejenigen Voraussetzungen zu bezeichnen, unter welchen allein Preußen von seinem Standpunkt aus in die Einsetzung irgend einer definitiven Herrschaft in Schleswig-Holstein willigen könnte. Erst nachdem diese Voraussetzungen durch Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich festgestellt sind, wird es sich darum handeln können, denjenigen Fürsten, welchen nach anderweitiger gründlicher Untersuchung, Abwägung und gemeinsamer Feststellung etwaiger Erbansprüche, der dabei mit in Betracht kommenden Wünsche der Bevölkerung und sonstiger politischer Gesichtspunkte ein Anrecht auf die künftige Regierung der Herzogthümer zuerkannt werden sollte, zuvörderst zur unbedingten Annahme und Sicherstellung jener unerlässlichen Vorbedingungen zu veranlassen.

Es geht hieraus hervor, daß die Frage über die künftige Herrschaft in Schleswig-Holstein und die Prüfung der bezüglichen Erbberichtigungen durch die bevorstehende Mittheilung an Oesterreich nicht berührt wird. Für die Entscheidung über jene Seite der Frage soll bekanntlich das Urtheil des Kronprinzen unserer Regierung die wünschenswerthe Grundlage gewähren.

Wien, 21. Febr. (Fr. B.-Btg.) Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses haben gestern die Debatten über das Budget der Kriegsmarine begonnen. Das Budget ist mit fast 9 1/2 Mill. Gulden beziffert, der betreffende Bericht will nur 6 1/2 Mill. zugestanden wissen, es wird mithin die Streichung einer Summe von nahezu 3 Mill. Gulden in Aussicht genommen. Von der einen Seite wurde geltend gemacht, daß zur Zeit des verstärkten Reichsraths ein Aufwand von jährlich 5 Mill. für die Flotte als vollständig genügend erkannt worden sei; daß man das kostbare System der gepanzerten Schiffe, noch bevor es sich ausreichend bewähren können, in einer Ausdehnung acceptirt habe, die man ihm verhältnismäßig in keiner Marine der Welt gegeben; daß der im Jahr 1850 auf 4000 bis 5000 Köpfe festgesetzte Bemannungsstand im Frieden gegenwärtig auf fast 12,000 Köpfe angeschwollen sei; daß die Zahl der Offiziere — die österreichische Flotte habe beispielsweise mehr Admirale als Linienfahrzeuge — als übermäßig stark erscheinen müsse; daß endlich die Dienstzeit viel zu kurz bemessen sei. Von der andern Seite entgegnete man, daß die Verhandlungen im verstärkten Reichsrath über das Marinebudget nicht zum Abschluß gekommen seien, und daß nicht bloß militärische Autoritäten ersten Ranges, sondern auch der Reichsrath selbst durch die konstante Bewilligung höherer Summen dieses Budget als zu niedrig gegriffen anerkannt hätten; daß die Regierung nicht die Absicht habe, die ganze Flotte oder auch nur einen großen Theil derselben zu panzern, sondern daß sie die Panzerung von 11 Schiffen, nicht mehr und nicht weniger, ins Auge fasse; daß der Mannschaftsstand ohne Beeinträchtigung des Dienstes gar nicht verringert werden könne; daß ebensfalls die Stärke des Offiziercorps lediglich nach den Bedürfnissen des Dienstes bemessen sei, und daß endlich eine Verlängerung der Dienstzeit nur die Folge haben werde, die Neigung zur Desertion — schon gegenwärtig seien 4000 Dienstpflichtige flüchtig — noch weiter zu steigern. Die Debatten werden heute fortgesetzt werden. — Unter den Einzelberichten, welche neustens dem Finanzausschuß vorgelegt sind, ist vor allen Dingen der Bericht des Abg. Schindler über den Staatsrath zu nennen. Der Bericht erinnert daran, daß das Abgeordnetenhaus jetzt bereits vier Mal, immer wörtlich gleichlautend, ausgesprochen habe, „daß die gegenwärtige Stellung und Einrichtung des Staatsrathes geeignet sei, demselben einen der Entwicklung des verfassungsmäßigen Staatslebens nachtheiligen Einfluß zu gewähren,“ und daß demnach die Regierung aufzufordern sei, dem Reichsrath alsbald ein Gesetz zur Reorganisation dieser Körperschaft vorzulegen. Nachdem die Regierung diese wiederholten Resolutionen nicht berücksichtigt, glaubt der Bericht das für den Staatsrath angelegte Erforderniß zunächst nur noch als außerordentlichen Aufwand bewilligen zu sollen, und er läßt durchblicken, daß das Haus, wenn die Regierung auch jetzt der Aufforderung des Hauses nicht entspreche, sich veranlaßt sehen müsse, die betreffende Summe weder als ordentlichen noch als außerordentlichen Aufwand zu bewilligen, d. h. ganz zu streichen.

Wien, 21. Febr. (N. Fr. B.) Mit begreiflicher Spannung sah man der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses entgegen. Dieselbe nahm jedoch einen sehr ruhigen Verlauf. Ich übergebe die sonstigen, an und für sich nicht erheblichen Vorkommnisse, um mich dem Hauptgegenstand der kurzen Sitzung, dem Beschluß über die Behandlung der ministeriellen Finanzvorlage, zuzuwenden. Ich schicke folgendes voraus: Unter den ministeriellen Abgeordneten war anfänglich beabsichtigt worden, der Zuweisung des 1866er Budgets an den Finanzausschuß, und zwar an den bestehenden, sich nicht zu widersetzen, aber darauf zu bringen, daß die Zuweisung mit einer Art von Instruktion begleitet werde, die den Ausschuß binden würde. Man ließ aber dieses Beeden fallen und fand es zweckmäßiger, auf den ursprünglichen Brinitschen Antrag zurückzukommen. Demgemäß einigte sich heute die große Mehrheit zunächst über folgenden Antrag des Barons Linti: „Das Haus wolle beschließen: Der von der Regierung eingebrachte Staatsvoranschlag für 1866 wird dem für das Budget für 1866 gewählten Finanzausschuß zur Berichterstattung darüber zugewiesen, wann und in welcher Weise die Behandlung über den Staatsvoranschlag für 1866 vorzunehmen sei.“ — Hieran schloß sich dann der weitere Antrag des Grafen Brinits: „Der Finanzausschuß aufzufordern, an das Haus darüber Bericht zu erstatten, ob und in wie weit — mit Rücksicht auf die von dem Finanzminister bei Vorlage des Staatsvoranschlags Namens des Gesamtministeriums abgegebenen Erklärung — zur Erzielung umfassender Ersparungen die Feststellung der Zifferansätze der Finanzgesetze für die Jahre 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von der bisherigen abweichenden Form im Wege der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre.“ Ueber diesen Antrag wird am künftigen Donnerstag Beschluß gefaßt werden. Graf Brinits hat für seinen Antrag bereits 60 bis 70 Abgeordnete gewonnen. — In der heutigen Sitzung wurde auch auf Antrag von Herbst die Wahl eines Ausschusses von 9 Mitgliedern zur Vorberatung des Gesetzes, betreffend die Bemeisung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerbs- und Einkommensteuer von Eisenbahn-Unternehmungen, beschlossen. Nach Schluß der Sitzung versammelten sich die Abtheilungen, um die Wahl vorzunehmen. Dieselbe fiel auf Sturanda, Herbst, Groß, Krassa, Bankratz, Kaiser, Schlegel, Waidele. Der Ausschuß konstituirte sich sofort und wählte Waidele zum Obmann. Die angeführten Namen ergeben, daß die Opposition durch vier ihrer hervorragendsten Mitglieder im Ausschuß vertreten ist.

Wien, 23. Febr. In der heutigen Unterhausung wurde der Antrag von Brinits in Betreff der Behandlung des

Budgets für 1865 und desjenigen für 1866 angenommen. Hr. v. Schmerling hatte vorher erklärt: Auch die Regierung theile lebhaft den Wunsch, daß eine Vereinbarung zu Stande komme, und sei bereit, ihrerseits möglichst dazu beizutragen.

Italien.

Turin, 20. Febr. (Rdn. Btg.) Der Ministerpräsident Lamarmora ist sehr erfreut über das Gelingen der Frage ausgefallen ist. Er hat Hr. Nigra den Auftrag gegeben, sich beim Kaiser zu bedanken. Der italienische Gesandte hatte dieses Ergebnis übrigens vorausgesagt, nachdem der italienische Staatsmann sich in so warmen Ausdrücken über die Politik des Kaisers Napoleon ausgesprochen hatte. Den Piemontesen hat es schlecht gefallen, daß Napoleon III. in seiner Thronrede Piemont als „petit pays“ bezeichnete, ohne dabei zu bemerken, daß dieses Ländchen Großes vollbracht habe. Man ist eben hier noch sehr reizbar. — Der Senat hat die Dringlichkeit einer Bittschrift anerkannt, worin eine Aufklärung über die Septemberereignisse verlangt wird. Es wird aber auch in der Ersten Kammer die Verhandlung durch eine Tagesordnung im Sinne des Hrn. Ricafoli abgebrochen werden. Die von uns seiner Zeit gemeldeten Ereignisse von Palermo haben Garibaldi unterm 8. d. M. veranlaßt, folgende Briefe zu schreiben:

Mein lieber Capello! Ich erfahre mit Mißvergnügen von den letzten Begebenheiten Siziliens. Ich hoffe, daß die Vaterlandsliebe seines tapfern Volkes das Uebergewicht behalten werde und daß sie sich nicht widerholen. Ich schreibe zwei Worte an die tapfere Nationalgarde und an die studirende Jugend. Ich bin für immer Ihr J. Garibaldi.

An die Nationalgarde von Palermo:

Meine theuren Freunde! Während die Verderbten sich gegen die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes verschwören, wachen die wahrhaftigen Italiener. Sie haben es bewiesen, und das Palermo der Barrikaden hat die Umtriebe der Trabanten der alten Tyrannei gewittert. Italien wird Euch dankbar sein und auch ich danke Euch. Für ewig der Ewige, J. G.

An die Universitätsjugend von Palermo:

Meine theuren Freunde! Ich erfahre, daß die Bourbonnische Fraktion abermals gewagt hat, den Kopf zu erheben. Allein Sizilien — welches auch immer die Anstrengungen der Feinde der Einheit sein mögen — verläugnet seine Ueberlieferungen nicht. Ich weiß, Ihr jungen Leute der Universität, daß am Tage, wo sie sich gezeigt hatte, Ihr wie immer wachsam gewesen seid, und ich danke Euch im Namen Italiens. J. G.

Rom, 22. Febr. Das „Giorn. di Roma“ meldet, die päpstl. Regierung, welche die Anzahl der in den auf römischen Gebiet gelegenen Gefängnissen entfallenen Verbrechen vermindern wolle um diejenigen derselben, welche der Romagna, den Marken und Umbrien angehören, habe die Abführung von 571 dieser Verurtheilten in die besagten Provinzen verordnet. Das offizielle Organ fügt hinzu, daß im Einverständnis mit dem Kardinal Antonelli diese Sträflinge an die Franzosen abgeliefert worden sind, welche sie entweder zu Wasser oder zu Lande an ihre respektiven Bestimmungsorte befördert haben.

Man meldet aus Rom, General Lamarmora sei auf seiner Reise nach Neapel im Wagen dort durchgekommen. Die H. v. Sarriges, v. Montebello und v. Merode haben dem Leichenbegängniß des Marquis v. Caulaincourt beigewohnt. Man berichtet, der Papst habe einen Brief an den Kaiser Maximilian gesandt, worin er ihn beschwört, seine letzten Erklärungen zurückzunehmen. Die „Correspondencia“ spricht von Versprechungen, die in Rom gemacht und in Mexiko wieder vergessen worden seien.

Frankreich.

Paris, 23. Febr. Nach dem an Senat und Ges. Körper vertheilten Budget für 1866 belaufen sich die ordentlichen Ausgaben auf 1,700,755,015 Fr., die ordentlichen Einnahmen auf 1,702,366,837 Fr., wonach ein Ueberschuß von 1,611,822 Fr. verbleibe. Das außerordentliche Budget beläuft sich auf 144,318,800 Fr. und soll aus den Ueberschüssen, den Indemnitäten von China, Cochinchina und Mexiko, sowie aus dem Verkauf von Wäldungen gedeckt werden. Unter den ordentlichen Ausgaben figurirt: das Kriegsministerium mit 367,862,413 Fr., das Marineministerium mit 153,592,332 Fr., Algier mit 382,416,426 Fr., das Unterrichtsministerium mit 19,858,121 Fr. — Die Adreß-Kommission des Senats besteht aus den H. Troplong, Roger, Marq. Lavalette, Rouland, Balowski, Magne, Delangle etc. — Dem Vernehmen nach wird Hr. v. Moroy morgen nach Dieppe abreisen, um bis zur besten Jahreszeit dort zu bleiben. — Mgr. Cruize, Bischof von Marseille, ist in Paris bedenklich erkrankt. — Das Transportschiff „Var“ ist von Toulon mit verschiedenen Truppenabtheilungen, Marineartillerie und Infanterie nach Mexiko abgegangen. Die „Patrie“ ihrerseits erfährt aus Aspenwall, daß eine von dem General Castagny gebildete Expeditionskolonnie, unter Befehl des Oberst Garnier, an Bord des französischen Geschwaders von Mazatlan nach Guaymas, Hafen des Staats Sonora, abging.

Der heute veröffentlichte Wochenanweis der französischen Bank ist sehr günstig. Der Metallvorrath stieg um abermals 17 Mill. auf 371 1/2 Mill., während die Wechselbestände um 19 1/2 Mill. auf 584, und der Banknoten-Umlauf um 16 1/2 Mill. auf 785 Mill. stiegen. Die Rente stieg dadurch auf 67.45 und der Cred. Mob. wurde auf 918 gehoben. — Die Frage, ob das Dekret, welches die Fusion der Ports de Marseille mit der Zimmobilargesellschaft ratifizierte, nicht zu widerrufen sei, wurde im Ministerrath angeregt, aber noch nicht gelöst.

Spanien.

Madrid, 22. Febr. Die „Madrid. Btg.“ veröffentlicht ein Dekret, welches den Zinsfuß bei der Depotskasse auf 5 Prozent für 3 bis 6 Monate, auf 6 Prozent für 9 Monate, und auf 7 Prozent für ein Jahr reduzirt. Die Opfer, welche

die Königin gebracht hat, erregen in den Provinzen eine lebhafteste Begeisterung.

Belgien.

Brüssel, 22. Febr. Die Kammer hat heute die Diskussion des wichtigen Gesetzesentwurfs über Freigebung des Zinsfußes begonnen. Die Debatte dreht sich nicht eigentlich um die Prinzipienfrage, denn darin sind alle wenigstens bis jetzt gehörten Redner einig, daß das Wort und der Begriff „Wucher“ aus dem Wörterbuch der heutigen Staatswissenschaft zu verbannen sei. Vielmehr handelt es sich um folgenden Punkt: Die Nationalbank, als eine vom Staat privilegierte Anstalt, kann beim Diskont, soweit der Vorteil ihrer Aktionäre in Betracht kommt, ein Maximum von 6 Prozent nicht übersteigen. Natürlich aber muß es ihr gestattet sein, bei Gefahr, ihren Barvorrath binnen wenigen Tagen erschöpft zu sehen, ihren Zinsfuß in einem Augenblick der Noth je nach dem Tagesstand des Geldwerthes zu erhöhen. Es fragt sich nun, da die Aktionäre außer Frage gestellt werden, wenn diese Differenz zwischen dem normalen Maximum und der eventuellen Erhöhung des Zinsfußes zu gut kommen soll. Wenn die Bank, um durch ein Beispiel verständlicher zu sein, zu 8 Prozent, wie jüngst geschehen, diskontirt, wenn fällt die Differenz der zwei überhöhten Prozente anheim? Diese Frage wird gegenwärtig diskutiert, und während die Einen dafür sind, den fraglichen Ueberschuß dem Staatsschatz zu überweisen, wollen die Andern, daß er dem Reservefonds der Bank einverleibt werde.

Rußland und Polen.

Die Petersburger Blätter haben wiederholt in Abrede gestellt, daß die Russen Tashkend, wo der Khan von Khotland Herr ist, eingenommen hätten und nun im Straßenbau begriffen wären. Mit der neuesten Ueberlandpost sind nun wieder Meldungen gekommen, wonach die Russen in Tashkend sich vollständig festgesetzt hätten. Ein Telegramm aus Petersburg vom 23. Febr. sagt uns aber, daß das heutige „Journ. de St. Petersburg“ diese falsche Post entschieden dementirt: Tashkend sei nicht im Besitz der Russen, von Steuerbefreien könne mithin durchaus keine Rede sein; unrichtig sei, was über den Bau von Straßen auf Bokhara gesagt werde, und seit 1858 sei kein russischer Gesandter mehr in Bokhara gewesen.

Großbritannien.

London, 22. Febr. Parlamentsverhandlungen vom 21. Febr.

Überhausung. Auf Antrag des Lordkanzlers wird eine Bill zum ersten Mal verlesen, welche die Ausdehnung der Jurisdiktion der Grafschaftsgerichte bezweckt und denselben gewisse Sachen zuweist, die bisher nur im Requiritgericht verhandelt werden konnten.

Unterhausung. Griffith zeigt an, daß er am 21. März die Ernennung eines Sonderausschusses beantragen werde, welcher untersuchen solle, ob die Sitte, das Amt eines Oberpostmeisters stets einem Peer zu verleihen, durch eine gesetzliche Verfügung oder konstitutionellen Brauch vorgeschrieben sei, und ob die Fortdauer eines solchen Brauchs im Interesse des Publikums liege. O'Reilly lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die gegenwärtige Art der Rekrutierung für das Heer und beantragt die Ernennung einer königlichen Untersuchungskommission. Das gegenwärtige System veranlasse zahlreiche Desertionen, und diese würden förmlich systematisch organisiert. Die Anordnung zum Eintritt in das Heer ließe sich auf verschiedene Weise verbessern, z. B. durch Verkürzung der Dienstzeit, durch Erhöhung des Soldes nach längerer Dienstzeit, durch Befestigung von Regimenten, d. h. dadurch, daß man gewisse Regimenter nur in gewissen Grafschaften oder Theilen des Vereinigten Königreichs verweilt. Der Unterstaatssekretär des Kriegs, Marquis von Hartington, läugnet, daß das Rekrutieren hede, dasselbe gebe vielmehr mit großer Regelmäßigkeit vor sich. Die große Wichtigkeit des Gegenstandes wolle er durchaus nicht läugnen, doch halte er die Ernennung einer Untersuchungskommission augenblicklich nicht für zweckmäßig. Die Regierung habe die Frage nicht aus dem Auge verloren, und die Militärbehörden beschäftigten sich gegenwärtig mit derselben. Der Antrag wird hierauf zurückgezogen. Addeley beantragt die Ernennung eines Sonderausschusses, welcher die Zustände in den britischen Kolonien der Westküste Afrikas untersuchen soll. Die Untersuchung — sagt er — zielt auf die Entscheidung der Frage ab, ob gewisse dieser Kolonien den Zwecken, um derenwillen allein ihr Besitz wünschenswerth sei, dienen, nämlich der Unterdrückung des Sklavenhandels, der Förderung des regelmäßigen, berechtigten Handels, und der Zivilisation des Landes. Lord Stanley unterstügt den Antrag, und derselbe wird, da sich auch Cardwell, der Kolonialminister, mit ihm einverstanden erklärt, angenommen. Baines erhält die Erlaubnis zur Einbringung einer Bill, welche die Herabsetzung des städtischen Wahlzensus von 10 Pfd. St. auf 6 Pfd. St. bezweckt. Sir Colman D'Loghlen erhält die Erlaubnis zur Einbringung einer Bill, welche befuhe des besseren Schutzes der Pressefreiheit die Gesetzgebung in Bezug auf Injurienprozesse abgemildert wissen will. Er verlangt, daß hinfert kein Injurienprozeß angehängt werden dürfe, ohne daß vorher die Kronjuristen ihre Zustimmung gegeben haben. Dadurch werde, meint er, dem Mißbrauch des Rechts der Klage vorgebeugt werden, ohne daß man dem Geheh eine seiner heillosen Bestimmungen raube. Außerdem schlägt er vor, daß der Angeklagte auch als Zeuge vernommen werden dürfe. Er wünsche ferner die gegenwärtig herrschende Anomalie beseitigt zu sehen, daß der Eigentümer einer Zeitung wegen der Veröffentlichung injuriöser, in Reden auf öffentlichen Meetings gethener Äußerungen belangt werden könne, während man dem Redner selbst nichts anhaben könne. Kraft seiner Bill würde Derjenige, welcher auf einem öffentlichen Meeting spreche, bei dem, wie er wissen müsse, Berichterstatler anwesend seien, für beleidigende Ausdrücke, deren er sich bediene, ganz in eben der Weise verantwortlich sein, wie wenn er sie schriftlich veröffentlicht hätte. Doch würden die Privilegien der Parlamente und der Gerichtshöfe durch diese Bestimmung nicht berührt werden. Er schlägt vor, daß der Glaube an die Richtigkeit der aufgestellten beleidigenden Behauptung als Verteidigungsgrund geltend gemacht werden dürfe; da es häufig vorkomme, daß veratorische Klagen gegen eine Zeitung geltend gemacht würden, so habe er einen Artikel in seine Bill aufgenommen, welchem zufolge ein Kläger, dem eine Entschädigungssumme von weniger als 20 £ zuerkannt werde, nicht nur seine eigene Kosten, sondern auch die des Angeklagten zu tragen habe, während er, wenn ihm keine Summe über 40 £ zuerkannt werde, gleichfalls seine Kosten tragen müsse.

Auf Antrag Milner Gibson's wird eine Bill zum Schutz von Erfindungen und Plänen, die in gewissen Gewerbeausstellungen des vereinigten Königreichs ausgestellt werden, zum ersten Male verlesen.

London, 22. Febr. Der Liverpooler Handelskammer hat Carl Russell, indem er ihr die Bildung der englisch-österreichischen Kommission zur Revision des gegenwärtigen österreichischen Zolltarifs anzeigt, zu wissen gelhan, daß ein Delegirter, den die Handelskammer etwa nach Wien absenden wolle, sich jeglicher Unterstützung von Seiten des auswärtigen Ministeriums versichert halten dürfe.

In Clifton ist gestern der Feldmarschall Viscount Combermere of Combermere, Constable des Tower von London, verschieden: das betagteste Haupt im Hause der Peers und wohl der älteste Veteran der britischen Armee. Kurz nach Napoleon, kurz vor A. v. Humboldt geboren, trug er 96 Jahre auf seinem Scheitel.

Amlicher Aufstellung zufolge bestand die englische Flotte am 1. d. M. aus 540 Dampf- und Segelschiffen, wovon jedoch 26 Schraubendampfer noch nicht vom Stapel gelaufen sind. Unter den 445 bereits effektiven Dampfern sind 357 Schraubenschiffe, 88 Raddampfer; der effektiven Segelschiffe sind 69. Der Bau von 3 Linien Schiffen, 1 Korvette, 4 Kanonenschiffen und 4 Kanonenbooten ist suspendirt worden. Nach den Klassen geordnet, besitzt die Flotte an Schraubenschiffen: 8 eiserne gepanzerte Schiffe schwimmend, 3 im Bau begriffen; 7 hölzerne ditto schwimmend, 1 im Bau; 4 gepanzerte Kuppelschiffe; 1 ditto hölzerne Korvette schwimmend, 1 im Bau; 2 ditto hölzerne Schaluppen; 3 ditto eiserne Kanonenboote im Bau; 3 ditto eiserne schwimmende Batterien, 2 bergleichen hölzerne; 55 Linien Schiffe; 37 Fregatten und 1 im Bau; 8 Blackschiffe; 26 Korvetten, 35 Schaluppen und 3 im Bau; 37 Kanonenschiffe; 105 Kanonenboote und 2 im Bau; 7 Schlepdpumper; 4 Mörserschiffe; 15 Truppen- und Proviantenschiffe; 1 Yacht. An Raddampfern zählt die Flotte 6 Fregatten, 19 Schaluppen, 13 kleine Fahrzeuge, 4 Depeschenschiffe, 40 Schlepdpumper u. dgl., 1 Truppen- und Proviantenschiff und 5 Yachten.

Amerika.

New-York, 11. Febr. (per „Peruvian“.) Der linke Flügel Grant's verfuhte am Montag d. 6. weiter vorzurücken, ward aber bald von den Südstaatlichen angegriffen und in seine Verschanzungen am Hatter's Run zurückgeworfen, bei welcher Gelegenheit er 1500 Mann verloren haben soll. Andere Berichte scheinen der Sache weniger Wichtigkeit beizulegen. Am folgenden Tage, d. 7., schoben die Bundesstruppen ihre Vorpostenlinie eine Meile weit von ihren Verschanzungen vor, ohne auf feindlichen Widerstand zu treffen. Grant's linker Flügel hat sich nun über eine Strecke von vier Meilen ausgedehnt. Man hält diese Bewegung der Potomac-Armee für berechnet, das Vorgehen gegen Wilmington, welches General Terry am 6. mit 30,000 Mann begonnen habe, zu decken. Vor wenigen Tagen hieß es noch, Terry sei mit seinen Truppen vom Cape-Feare-Jusse nach Süden aufgebrochen, um zu Sherman zu stoßen. — Nach Berichten aus Nashville ist von Dick Taylor's (weiland Hood's) Armee ein Korps unter Gueetam und Lee nach Südkarolina abgegangen zur Verstärkung Hardee's. In Richmond zirkuliren Gerüchte von der Räumung Charlestone. — Die „New-York Times“ wiederholt die Angabe, daß eine große Streitmacht, hauptsächlich Kavallerie, unter Thomas einen Zug gegen Montgomery, Selma und Mobile angetreten hat. — Aus Memphis hört man, daß der Südgeneral Robbins bei Mount City in Arkansas Anstalten treffe, über den Mississippi zu ziehen, um in Tennessee einzufallen.

General Breckinridge ist als Kriegsminister in das südstaatliche Kabinett eingetreten. — Zwischen General Grant und den südstaatlichen Behörden ist es zu einem Einverständnis in Betreff sofortigen und allgemeinen Austausch der Kriegsgefangenen, einschließlich der Negere, gekommen. — Die Legislatur von Delaware weigert sich, die konstitutionelle Abschaffung der Sklaverei zu ratifiziren. — Die Elektoralstimmen der Staaten bei der Präsidentenwahl sind im Repräsentantenhaus verifizirt worden. Es sind darnach Präsident Lincoln und Vizepräsident Johnson von 22, McClellan und Pendleton von 3 Staaten gewählt worden. — Der Präsident Davis und seine Kommissäre, so hat auch Präsident Lincoln einen Bericht über die Konferenz von Hampton Roads veröffentlicht. Beide Darstellungen stimmen darin überein, daß der Süden in der Unabhängigkeitsfrage nicht nachgeben wolle, und daß Präsident Lincoln unter keinen anderen Bedingungen, als Unterwerfung des Südens und Beitrittserklärung zu dem die Sklaverei abschaffenden konstitutionellen Amendement von Seiten des Südens sich in Unterhandlungen einlassen wolle.

Baden.

Karlsruhe, 24. Febr. Wie wir den begünstigten uns vorliegenden Programmen entnehmen, findet auf Veranstaltung der Gartenbau-Gesellschaft „Flora“ in Köln und unter dem Protektorat Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen von Preußen vom 15. Mai l. J. an eine internationale Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Erzeugnissen des Gartenbaues, der Land- und Forstwirtschaft, sowie von Gegenständen des Haushaltes des Land- und Forstwirtschaftes in den Anlagen der genannten Gesellschaft zu Köln statt. Die Ausstellung soll vorläufig bis zum 1. Juni währen, jedoch ist deren Verlängerung auf weitere 14 Tage vorbehalten. Die Anmeldung der Gegenstände, welche mit Zustimmung des Ausstellers zum Zweck einer Verloosung oder im Weg einer kostenfreien Versteigerung am Schluß der Ausstellung verkauft werden können, hat bis spätestens 30. März, die Uebernahme vom 15. April bis 5. Mai zu erfolgen. Für ausgezeichnete und gute Leistungen findet eine Prämierung statt. Wie in dem Programm weiter bemerkt ist, steht auf den meisten in- und ausländischen Eisenbahnen freier Transport, bezw. Transportermäßigung in Aussicht.

Wir fügen noch bei, daß von groß. Handelsministerium Anordnung getroffen ist, um den landwirthschaftlichen und industriellen Kreisen des Landes die wünschenswerthe nähere Mittheilung in der Sache zu kommen zu lassen.

Konstan, 23. Febr. In der thurgauischen Groß-

rath's-Sitzung wurde am letzten Dienstag die Eisenbahn-Frage verhandelt und darüber Beschluß gefaßt. Nach lebhafter Verhandlung, welche durch Majoritäts- und Minoritätsanträge der Kommission veranlaßt wurde, erfolgten folgende Beschlüsse: 1) Die Nordostbahn-Gesellschaft erhält die Konzession für Romanshorn-Rorschach auf thurgauischem Gebiet auf Grund des Vorzugsrechts im Vertrag von 1852 (die Konzession St. Gallischer Seite hat sie, wie bereits berichtet worden ist, schon zu Anfang des Monats erhalten). 2) Das Gesuch der Seetal-Linie um Konzession für Rorschach bezw. Romanshorn-Konstanz wird auf Grund des gleichen Vertrags, welcher das Ausschlußrecht der Nordost-Bahn stipulirt, abgewiesen. Beide Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. 3) Das Gesuch des Amrisweiler Komitee's wird mit Majorität zurückgewiesen; ebenso 4) der Antrag auf Unterhandlungen mit der Nordostbahn-Gesellschaft wegen Verzichtleistung auf genanntes Ausschlußrecht, und zwar mit Rücksicht auf die gewisse Erfolglosigkeit eines solchen Versuchs. So ist Amrisweil gefallen, und das Komitee für die Seetal-Bahn wird nunmehr die Zweigkonzession beim Bund zu erhalten suchen. Aus den Verhandlungen erfuhr man, daß zur Zeit größtentheils von Privaten 440,000 Franken gezeichnet sind, und ein Restrikt der Regierung von St. Gallen meldete die großräthliche Genehmigung der Beschließung mit 250,000 Fr. von Seiten dieses Kantons. Die eidgenössische Bank in Bern (Direktor Stämpfli) hat 1,200,000 Fr. zugesagt.

Ein anderes neues Eisenbahn-Projekt macht augenblicklich eine große Bewegung in der Schweiz, nämlich das einer Grimsebahn. Am 19. d. M. war eine von 150 hervorragenden Bernern besuchte Versammlung in Bern anberaumt worden, in welcher ein fünftägiges Komitee gewählt und die energische Betreibung der Sache beschloffen wurde.

Vermischte Nachrichten.

München, 21. Febr. Richard Wagner äußert sich in einer rechtfertigen Erklärung in der „Allg. Ztg.“ folgendermaßen über seine Stellung in München: „Nachdem die Großmuth Sr. Maj. des Königs mir die nöthigen Mittel angewiesen, die mich bestimmen sollten, überhaupt in München zu leben und ungehindert meinen im Uebrigen auf Ertrag von auswärts berechneten Arbeiten nachzugehen zu können, ertheilten mir Sr. Majestät im vorigen Herbst den besondern Auftrag der musikalischen Ausführung meines ganzen Orchesterwerkes, eines Orchesters von vier vollständigen musikalischen Dramen, deren jedes den vollen Umfang und die Bedeutung einer meiner früheren Opern hat. Für diese Bestellung, deren Annahme mich nöthigte, auf längere Jahre jede Arbeit, welche auf sofortige Verbreitung und Honorirung durch die deutschen Theater berechnet sein konnte, bei Seite zu legen, wurden mir im Namen Sr. Majestät unter vertragsmäßigen Bedingungen Vergünstigungen zugewiesen, welche das nicht überschritten, was bayrische Könige bereits bei ähnlichen Bestellungen auf Werke der Kunst und Wissenschaft gewährt hatten. Somit im Recht, mich nicht als Günstling, sondern als ganz im Verhältnis seiner Arbeit wohlbezahlten Künstler zu betrachten, glaube ich zunächst Niemand Rechenschaft von der Verewndung meines Verdienstes ablegen zu müssen, es sei denn, daß ich mich dafür zu entschuldigen hätte, für meine Arbeit denselben entsprechenden Lohn gefunden zu haben, welchen Maler, Bildhauer, Architekten, Gelehrte u. s. w. wiederholt und häufig fanden. Wie hoch ich demnach das Glück ansehe, ganz unerwartet gerade hier den hochherzigen Gönner, der eben den Wert des künftigen meiner künstlerischen Pläne zu schätzen wußte, gefunden zu haben, möge daraus ersehen werden, daß ich alsbald mir von Sr. Maj. dem König die Genehmigung zu meiner Naturalisirung als Bayer erbat und dafür die nöthigen Aufträge ertheilte.“

Ein Brief von Frau Guckow. Die Direktion des Leipziger Stadttheaters hat kürzlich zu Gunsten des Dichters Karl Guckow eine Vorstellung des „Ariel Alofa“ veranstaltet und den Reinertrag der Frau Dr. Guckow übermitteln. Von dieser erfolgte nach den „Leipziger Nachrichten“ hierauf nachstehende Dankagung: „Hochgeehrte Theaterdirektion! Genaßmigen Sie den wärmsten Dank für Ihre sehr geschätzte Zuhilfenahme vom 17. Febr. mit dem reichen Ertrag einer Aufführung des „Alofa“ zum Besten meines unglücklichen Mannes. Die großherzige Idee, die einer solchen Anordnung zu Grunde liegt, hat mich freudig gehoben, und ich sehe daraus, wie edel der Kern unseres vaterländischen Gemeingefühls ist und wie warm die Sympathie für unsern theuern Kranken sich kund gibt. Sobald eine Mittheilung der Art meinem armen Manne zulässig ist, werde ich ihm die frohe Botschaft von Ihrer so freundlichen Gesinnung und erfolgreichen Handlungsweise senden. Mit aller Hochachtung und wärmsten Erkenntlichkeit Vertia Guckow. Weimar, am 19. Febr. 1865.“

Zürin, 20. Febr. (Sch. M.) Aus Anlaß der Encyclica hat sich auch Mazzini wieder vernehmen lassen. Der unermüdete Wähler spricht mehr als Religionshaupt, denn als Parteihaupt. Sein Credo besteht ungefähr in folgenden Sätzen: Wir glauben, daß der Instinkt des Fortschritts, der in uns gelegt ist seit dem Anfang der Menschheit, und der heute das Streben der Einsichtigen geworden ist, die einzige Offenbarung Gottes gegenüber dem Menschen sei; wir glauben, daß kraft dieser Offenbarung die Menschheit von Zeitraum zu Zeitraum, von Religion zu Religion auf dem Weg der ihr bestimmten Besserungen vorrückt; wir glauben, daß Jeder, der heute beansprucht, in sich die Offenbarung zu vereinigen und sich als bevorzugter Vermittler zwischen Gott und die Menschen zu stellen, Lästungen ausspreche; wir glauben an die Heiligkeit der Autorität, wenn sie geweiht ist durch den Geist und die Tugend, den einzigen Gottesdienst der Zukunft; wir glauben, daß Gott Gott ist und die Menschheit sein Prophet.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Algerien 7 Uhr	28° 340	— 30	N.W.	stark b.w.	Sonnenbl., Frost
Mittags 2	3,46	+ 20	schw.	schw.	frisch
Nachts 9	2,93	+ 20	gan.	gan.	trüb, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 26. Febr. 1. Quartal. 31. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: **Dieges Memoiren oder unruhige Zeiten**; Posse mit Gesang in 3 Akten und 8 Bildern, von Emil Pahl; Musik von Conradi.

